

Innenministerium
des Landes
Schleswig-Holstein



Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein

Ausgabe Nr. 9
Kiel, 9. Juni 2011

27.5.2011	Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz (AG-SGB II/BKGG) GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 860-202	146
19.5.2011	Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über den Zeitpunkt der Errichtung der Polizeidirektionen Itzehoe, Bad Segeberg, Flensburg, Husum, Lübeck und Ratzeburg sowie über die Auflösung der Polizeidirektionen Schleswig-Holstein Mitte, West, Nord und Süd Art. 1 ändert LVO vom 25. Oktober 2005, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2012-13-5 Art. 2 ändert LVO vom 25. Oktober 2005, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2012-13-7	148
27.5.2011	Wahlkreiseinteilung für die Landtagswahl GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 111-1-11	149

1481/2011

**Gesetz
zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch
und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz (AG-SGB II/BKGG)**

Vom 27. Mai 2011

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 860-202

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Abschnitt I

Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

§ 1

Kommunale Träger der Grundsicherung
für Arbeitsuchende

Die Kreise und kreisfreien Städte als kommunale Träger führen die nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453), obliegenden Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben durch.

§ 2

Zuständige Behörden

Zuständige oberste Landesbehörde und zuständige Landesbehörde im Sinne des SGB II ist das für Arbeit zuständige Ministerium. Die Rechtsaufsicht für Aufgaben nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des SGB II obliegt dem für Arbeit zuständigen Ministerium. Abweichend von § 129 der Gemeindeordnung und § 68 der Kreisordnung kann die Aufsichtsbehörde Maßnahmen im Sinne der §§ 123 und 124 der Gemeindeordnung sowie im Sinne der §§ 62 und 63 der Kreisordnung im Einvernehmen mit dem Innenministerium treffen. Die Anordnung von Zwangsmaßnahmen nach den §§ 125 und 127 der Gemeindeordnung und den §§ 64 und 66 der Kreisordnung bleibt dem Innenministerium vorbehalten.

§ 3

Heranziehung von amtsfreien Gemeinden
und Ämtern durch die Kreise

(1) Die Kreise können bestimmen, dass kreisangehörige amtsfreie Gemeinden und Ämter den Kreisen obliegende Aufgaben nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des SGB II durchführen und dabei in eigenem Namen entscheiden; für die Durchführung der Aufgaben können die Kreise Richtlinien erlassen und Weisungen erteilen. § 19 a des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit bleibt unberührt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, soweit ein Kreis nach § 6 a des SGB II als Träger der Leistungen nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB II zugelassen ist.

(3) Werden Aufgaben nach den Absätzen 1 oder 2 von den amtsfreien Gemeinden und Ämtern durchgeführt, gilt für die Erstattung von Aufwendungen § 91 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch.

§ 4

Kostenerstattung der
kreisangehörigen Gemeinden

(1) Die Kreise können durch Satzung bestimmen, dass die kreisangehörigen Gemeinden den Kreisen bis zu 23 % der von ihnen zu erbringenden Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II und Kosten der Warmwasserbereitung nach § 21 Abs. 7 SGB II erstatten. Bei der Festsetzung der Erstattungsbeträge ist die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II und der vom Land an die Kreise gewährte Ausgleichsbetrag für die entstehende Entlastung des Landes jeweils in voller Höhe von den Leistungen nach Satz 1 abzusetzen. Maßgeblich ist die Bundesbeteiligung nach § 46 Abs. 5 SGB II abzüglich

1. 2,8 Prozentpunkte für Hortmittagessen und Schulsozialarbeit (befristet bis 31. Dezember 2013),
2. 1 Prozentpunkt für Verwaltungskosten für die Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem SGB II und
3. 0,2 Prozentpunkte für Verwaltungskosten für die Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6 b Bundeskindergeldgesetz.

Zur Erstattung ist diejenige Gemeinde verpflichtet, in der die Grundsicherungsempfängerin oder der Grundsicherungsempfänger ihren oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die Ämter können mit Zustimmung der beteiligten Gemeinden die Erstattung übernehmen.

(2) Der Prozentsatz nach Absatz 1 wird von den Kreisen für jedes Haushaltsjahr durch Satzung festgesetzt. § 28 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz (FAG) gilt entsprechend.

(3) Die Kreise können auf die Erstattung für erbrachte Leistungen nach Absatz 1 Abschläge anfordern.

§ 5

Prüfungsrechte

(1) Der Landesrechnungshof ist berechtigt, die Haushalts- und Wirtschaftsprüfung sowie die sonstige Verwaltungstätigkeit der gemeinsamen Einrichtungen nach § 44 b SGB II zu prüfen, soweit die gemeinsamen Einrichtungen Aufgaben der kommunalen Träger nach dem SGB II durchführen. Die Bestimmungen des Abschnitts I des Kommu-

nalprüfungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 129), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Februar 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 50), gelten entsprechend.

(2) Die Rechnungsprüfungsämter der Kreise und kreisfreien Städte sind berechtigt, die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der gemeinsamen Einrichtungen nach § 44 b SGB II zu prüfen, soweit sie Aufgaben der kommunalen Träger nach dem SGB II durchführen.

Abschnitt II

Ausführung des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

§ 6

Aufgabenübertragung

Die Durchführung des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2009 (BGBl. I S. 142, ber. S. 3177), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453), wird den Kreisen und kreisfreien Städten als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe übertragen.

§ 7

Heranziehung von amtsfreien Gemeinden und Ämtern durch Kreise

Für die Heranziehung von amtsfreien Gemeinden und Ämtern durch die Kreise gilt § 3 entsprechend.

Abschnitt III

Gemeinsame Bestimmungen

§ 8

Ausgleichsleistungen

(1) Die Beteiligung des Bundes an den tatsächlichen Kosten der Unterkunft nach § 46 Abs. 5 des SGB II wird vom Land an die Kreise und kreisfreien Städte unter Berücksichtigung der in § 46 Abs. 6 bis 8 SGB II vorgesehenen Überprüfung und Anpassung weitergeleitet.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 27. Mai 2011

Peter Harry Carstensen
Ministerpräsident

(2) Für die Verwendung der weitergeleiteten Bundesbeteiligung nach Absatz 1 gelten folgende Zweckbindungen:

1. befristet bis 31. Dezember 2013 in Höhe von 2,8 Prozentpunkten für Schulsozialarbeit sowie für Mittagsverpflegung für Kinder in Hortunterbringung, die nicht von den Leistungen entsprechend § 28 Abs. 6 SGB II erfasst sind,
2. in Höhe von 5,4 Prozentpunkten für Leistungen für Bildung und Teilhabe entsprechend § 28 Abs. 2 bis 7 SGB II.

(3) Das für Arbeit zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Verordnung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Innenministerium den Verteilschlüssel für die Weiterleitung der Bundesbeteiligung nach Absatz 2 Nr. 1 und 2 zu regeln sowie die Zweckbindungen nach Absatz 2 entsprechend den Regelungen nach § 46 Abs. 6 SGB II anzupassen.

(4) Die Mittel nach Absatz 2 Nr. 1 werden, soweit sie nicht für Mittagsverpflegung für Kinder in Hortunterbringung verwendet werden, im Rahmen der Weiterleitung durch das Land an die Kreise und kreisfreien Städte den Schulträgern für Maßnahmen der Schulsozialarbeit (Betreuung, Beratung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler) zur Verfügung gestellt.

(5) Für die Feststellung des Lernförderbedarfs durch Lehrkräfte entsprechend § 28 Abs. 5 SGB II stellt das für Bildung zuständige Ministerium ein einheitliches Formular zur Verfügung.

§ 9

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Schleswig-Holstein vom 14. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 484)*), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. April 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 126), außer Kraft.

Dr. Heiner Garg
Minister
für Arbeit, Soziales und Gesundheit

*) GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 860-201

**Landesverordnung
zur Änderung der Landesverordnung über den Zeitpunkt der Errichtung der Polizeidirektionen
Itzehoe, Bad Segeberg, Flensburg, Husum, Lübeck und Ratzeburg
sowie über die Auflösung der Polizeidirektionen
Schleswig-Holstein Mitte, West, Nord und Süd**

Vom 19. Mai 2011

Aufgrund des § 4 Abs. 3 und 5 des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) vom 12. November 2004 (GVObI. Schl.-H. S. 408) verordnet das Innenministerium:

Artikel 1¹⁾

§ 1 der Landesverordnung über den Zeitpunkt der Errichtung der Polizeidirektionen Itzehoe, Bad Segeberg, Flensburg, Husum, Lübeck und Ratzeburg sowie über die Auflösung der Polizeidirektionen Schleswig-Holstein Mitte, West, Nord und Süd vom 25. Oktober 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 522), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 25. November 2009 (GVObI. Schl.-H. S. 743), wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 erhält folgende Fassung:

„2. die Polizeidirektion Bad Segeberg mit Sitz in Bad Segeberg; das Polizeiautobahnrevier Elmshorn und das Polizeiautobahn- und Bezirksrevier Bad Segeberg werden nachgeordnete Dienststellen der Polizeidirektion Bad Segeberg. Das Polizeiautobahnrevier Elmshorn nimmt die polizeilichen Aufgaben nach Maßgabe näherer Regelung des Landespolizeiamtes auf der BAB 23 wahr. Das Polizeiautobahn- und Bezirksrevier Bad Segeberg nimmt die polizeilichen Aufgaben nach Maßgabe näherer Regelung des Landespolizeiamtes entsprechend dem jeweiligen Ausbaustadium auf der BAB 20 von Mönkhagen bis zu einem geplanten Autobahnkreuz bei Bad Bramstedt und auf der BAB 21 von Neversdorf bis Kiel wahr“.

2. Nummer 6 erhält folgende Fassung:

„6. die Polizeidirektion Ratzeburg mit Sitz in Ratzeburg; das Polizeiautobahnrevier Bad Oldesloe und das Polizeiautobahn- und Bezirksrevier Ratzeburg werden nachgeordnete Dienststellen der Polizeidirektion Rat-

zeburg. Das Polizeiautobahnrevier Bad Oldesloe nimmt die polizeilichen Aufgaben nach Maßgabe näherer Regelung des Landespolizeiamtes auf der BAB 1 von der Landesgrenze Hamburg bis Lübeck sowie auf der BAB 20 von der Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern bis Mönkhagen und auf der BAB 21 vom Autobahnkreuz Bargtheide bis Neversdorf wahr. Das Polizeiautobahn- und Bezirksrevier Ratzeburg nimmt die polizeilichen Aufgaben nach Maßgabe näherer Regelung des Landespolizeiamtes auf der BAB 24 von der Landesgrenze Hamburg bis zur Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern wahr.“

Artikel 2²⁾

Die Landesverordnung über die örtliche Zuständigkeit der Polizeidirektionen vom 25. Oktober 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 523) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1 wird folgender § 2 eingefügt:

„§ 2

Polizeiliche Aufgaben in der Stadt Lübeck,
Stadtteil St. Jürgen, Ortsteil Krummesse

Die Polizeidirektion Ratzeburg nimmt die ihr übertragenen Aufgaben im Bezirk der Polizeidirektion Lübeck für das Gebiet des Ortsteiles Krummesse im Stadtteil St. Jürgen der Stadt Lübeck wahr.“

2. Der bisherige § 2 wird zu § 3.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Landesverordnung über die örtliche Zuständigkeit der Polizeidirektionen auf Bundesautobahnen vom 25. November 2009 (GVObI. Schl.-H. S. 743)³⁾ außer Kraft.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 19. Mai 2011

Klaus Schlie
Innenminister

¹⁾ Ändert LVO vom 25. Oktober 2005, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2012-13-5

²⁾ Ändert LVO vom 25. Oktober 2005, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2012-13-7

³⁾ GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2012-13-9

**Wahlkreiseinteilung für die Landtagswahl
Vom 27. Mai 2011**

GS Schl.-H. II. Gl.Nr. 111-1-11

Aufgrund des § 17 Abs. 1 in Verbindung mit § 16 des Landeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Oktober 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 442, ber. S. 637), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. März 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 96), hat der Wahlkreisausschuss am 27. Mai 2011 Folgendes beschlossen.

Anl.

1. Die Wahlkreise 1 bis 35 werden wie aus der Anlage ersichtlich abgegrenzt.
2. Ändern sich nach § 14 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein Grenzen von amtsfreien Gemeinden oder von Ämtern, ändern sich entsprechend auch die Grenzen der betroffenen Wahlkreise. Änderungen in der Amtszugehörigkeit von Gemeinden berühren nicht die Abgrenzung der Wahlkreise.
3. Die Landeswahlleiterin wird ermächtigt, die Beschreibung der Wahlkreise, wenn sie unrichtig geworden ist, zu berichtigen und sie im Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein bekannt zu machen.
4. Die Wahlkreiseinteilung nach Nummer 1 gilt mit Wirkung vom 28. Mai 2011.

Kiel, 27. Mai 2011

Die Landeswahlleiterin
Manuela Söller-Winkler

Anlage

Wahlkreis	Gebiet
1 Südtondern	Vom Kreis Nordfriesland: amtsfreie Gemeinde Sylt Amt Föhr-Amrum Amt Landschaft Sylt Amt Südtondern <i>vom Amt Mittleres Nordfriesland:</i> Gemeinde Bargum Gemeinde Bordelum Gemeinde Goldebek Gemeinde Goldelund Gemeinde Högel Gemeinde Joldelund Gemeinde Kolkerheide Gemeinde Langenhorn Gemeinde Lütjenholm Gemeinde Ockholm
2 Husum	Vom Kreis Nordfriesland: Stadt Friedrichstadt Stadt Husum Stadt Tönning amtsfreie Gemeinde Reußenköge Amt Eiderstedt Amt Nordsee-Treene Amt Pellworm Amt Viöl <i>vom Amt Mittleres Nordfriesland:</i> Stadt Bredstedt Gemeinde Ahrensöft Gemeinde Almdorf Gemeinde Bohmstedt Gemeinde Breklum Gemeinde Drelsdorf Gemeinde Sönnebüll Gemeinde Struckum Gemeinde Vollstedt
3 Flensburg	Kreisfreie Stadt Flensburg
4 Flensburg-Land	Vom Kreis Schleswig-Flensburg: Stadt Glücksburg (Ostsee) amtsfreie Gemeinde Handewitt amtsfreie Gemeinde Harrislee Amt Eggebek

Amt Hürup
Amt Langballig
Amt Schafflund

5 Schleswig-Nord

Vom Kreis Schleswig-Flensburg:

Stadt Kappeln
Amt Arensharde
Amt Geltinger Bucht
Amt Kappeln-Land
Amt Mittelangeln
Amt Oeversee
vom Amt Südangeln:
Gemeinde Böklund
Gemeinde Havetoft
Gemeinde Idstedt
Gemeinde Klappholz
Gemeinde Neuberend
Gemeinde Stolk
Gemeinde Struxdorf
Gemeinde Süderfahrenstedt
Gemeinde Uelsby

6 Schleswig

Vom Kreis Schleswig-Flensburg:

Stadt Schleswig
Amt Haddeby
Amt Kropp-Stapelholm
Amt Süderbrarup
vom Amt Südangeln:
Gemeinde Brodersby
Gemeinde Goltoft
Gemeinde Nübel
Gemeinde Schaalby
Gemeinde Taarstedt
Gemeinde Tolk
Gemeinde Twedt

7 Dithmarschen-Nord

Vom Kreis Dithmarschen:

Stadt Heide
Amt Büsum-Wesselburen
Amt Kirchspielslandgemeinde Eider
Amt Kirchspielslandgemeinde Heider Umland

8 Dithmarschen-Süd

Vom Kreis Dithmarschen:

Stadt Brunsbüttel
Amt Burg-Sankt Michaelisdonn
Amt Marne-Nordsee
Amt Mitteldithmarschen

9 Eckernförde

Vom Kreis Rendsburg-Eckernförde:

Stadt Eckernförde
amtsfreie Gemeinde Altenholz
Amt Dänischenhagen
Amt Dänischer Wohld
Amt Hüttener Berge
Amt Schlei-Ostsee

10 Rendsburg-Ost

Vom Kreis Rendsburg-Eckernförde:

amtsfreie Gemeinde Kronshagen
amtsfreie Gemeinde Wasbek
Amt Achterwehr
Amt Aukrug
Amt Eiderkanal
Amt Bordesholm
Amt Flintbek
Amt Molfsee
Amt Nortorfer Land

11 Rendsburg

Vom Kreis Rendsburg-Eckernförde:

Stadt Büdelsdorf
Stadt Rendsburg
amtsfreie Gemeinde Hohenwestedt
Amt Fockbek
Amt Hanerau-Hademarschen
Amt Hohenwestedt-Land
Amt Hohner Harde
Amt Jevenstedt

12 Neumünster

Kreisfreie Stadt Neumünster

Vom Kreis Segeberg:

Gemeinde Boostedt (*Amt Boostedt-Rickling*)

13 Kiel-Nord

Von der kreisfreien Landeshauptstadt Kiel ein Gebiet im Norden, das durch folgende Linie begrenzt wird:

Beginnend an der Stadtgrenze zur Gemeinde Kronshagen auf der Straßenmitte der Eckernförder Straße und Gutenbergstraße, der Straße Lehmborg bis zur Holtenauer Straße, in südöstlicher Richtung auf der Straßenmitte der Holtenauer Straße bis zum Dreiecksplatz, von dort nach Osten auf der Straßenmitte der Brunswiker Straße, der Straße Schlossgarten und der Straße Prinzenpark, dort auf der Straßenmitte Prinzenpark bis zum Düsternbrooker Weg, von dort nach Norden auf der Straßenmitte des Düsternbrooker Wegs bis zur Kiellinie, auf der Wegmitte Kiellinie entlang bis zum Sport-

boothafen Seeburg, dort an das Ufer des Hafens, entlang der Wasserlinie südlich durch die Hörn, dann entlang der Wasserlinie nördlich bis zur Stadtgrenze zur Gemeinde Mönkeberg, von dort quer durch die Förde zum Westufer bis zum Ende der Nordmole, entlang der Schleusen über den Nord-Ostsee-Kanal, entlang der Wasserlinie nördlich am Ufer des Hafens bis zur Stadtgrenze zur Gemeinde Strande, der Stadtgrenze folgend bis zum Ausgangspunkt an der Kronshagener Gemeindegrenze.

14 Kiel-West

Von der kreisfreien Landeshauptstadt Kiel ein Gebiet im Westen, das durch folgende Linie begrenzt wird:

Die Grenze zum Wahlkreis 13 beginnend am Sportboothafen Seeburg bis zur Stadtgrenze zur Gemeinde Kronshagen an der Eckernförder Straße, entlang der Stadtgrenze in südlicher Richtung bis zur Stadtteilgrenze Meimersdorf, entlang dieser Grenze quer über den Schulensee nach Osten bis zur Poppenbrügger Au, weiter bis an die Neue Hamburger Straße (L 318), diese kreuzend weiter entlang der Neuen Hamburger Straße (L 318), die Bundesstraße 404 sowie die Bahnlinien kreuzend, dann östlich der Bahnlinien nach Norden bis zur Einmündung der Straße Schwedendamm in die Bahnhofstraße, auf der Straßenmitte der Bahnhofstraße entlang bis zur Hörn, von dort am westlichen Ufer des Hafens entlang der Wasserlinie in nördlicher Richtung zurück bis zum Ausgangspunkt am Sportboothafen Seeburg

15 Kiel-Ost

Von der kreisfreien Landeshauptstadt Kiel ein Gebiet im Osten, das durch folgende Linie begrenzt wird:

Beginnend an der Begrenzungslinie des Wahlkreises 14 am südlichen Ufer der Hörn entlang der Wasserlinie des Ostufers des Kieler Hafens in nördlicher Richtung bis zur Stadtgrenze zur Gemeinde Mönkeberg, der östlichen und südliche Stadtgrenze folgend bis zur Begrenzungslinie des Wahlkreises 14, dieser folgend zurück bis zum Ausgangspunkt am südlichen Ufer der Hörn.

16 Plön-Nord / Malente

Vom Kreis Plön:

Amt Lütjenburg
Amt Probstei
Amt Schrevenborn
Amt Selent/Schlesien

von der Stadt Schwentinental ein Gebiet im Westen, das durch folgende Linien begrenzt wird:

Beginnend an der Stadtgrenze zu Kiel mit dem Bereich der Straße Brunsberg, von dort in nördlicher Richtung weiter an der Starnberger Straße, Heimstättenstraße, Klosterweg bis zur

Preetzer Chaussee. Dem Heidbergredder folgend in nördlicher Richtung bis zum Ostfriedhof an der Klingenbergstraße. Von dort in nordöstlicher Richtung die L 52 und Dorfstraße kreuzend bis an die Schwentine. In östlicher Richtung dem Verlauf der Schwentine folgend bis zum Brückenübergang Oppendorfer Mühle. Dem Ritzebeker Weg in südlicher Richtung folgend bis zum Wasserwerksweg mit dem dort angeschlossenen Gewerbegebiet bis zur Preetzer Chaussee.

vom Amt Großer Plöner See:

Gemeinde Grebin
Gemeinde Lebrade
Gemeinde Rantzau
Gemeinde Rathjensdorf

vom Amt Preetz-Land:

Gemeinde Lehmkuhlen
Gemeinde Rastorf

Vom Kreis Ostholstein:

amtsfreie Gemeinde Malente

17 Plön-Süd / Eutin

Vom Kreis Plön:

Stadt Plön
Stadt Preetz
amtsfreie Gemeinde Bönebüttel
Amt Bokhorst-Wankendorf

von der Stadt Schwentinental ein Gebiet im Südosten, das durch folgende Linien begrenzt wird:

Beginnend an der Straße Paradiesweg als Verlängerung der L 52 vom „Therapiezentrum des DRK“ in nördlicher Richtung bis an die B 76; die B 76 in nordöstlicher Richtung folgend ab dem Gewerbegebiet „Lise-Meitner-Straße“ bis an den Oppendorfer Weg. Als natürliche Grenze der Schwentine in östlicher Richtung verlaufend und die B 202 kreuzend mit der Weinbergsiedlung bis an die Grenze zur Gemeinde Rastorf. Von dort in südlicher Richtung, hinter der „Hellerkate“ die B 76 kreuzend bis an die Bahnlinie Kiel-Lübeck. Der Bahnlinie folgend bis zur Straße Am Klosterforst, von dort in westlicher Richtung über den Neuwührener Weg bis zum Rönner Weg, weiter ab der Waldgrenze bis zum Weg Raisdorfer Holz.

vom Amt Großer Plöner See:

Gemeinde Ascheberg
Gemeinde Bösdorf
Gemeinde Dersau
Gemeinde Dörnack
Gemeinde Kalübbe
Gemeinde Nehnten
Gemeinde Wittmoldt

vom Amt Preetz-Land:

Gemeinde Barmissen
Gemeinde Boksee
Gemeinde Bothkamp
Gemeinde Großbarkau
Gemeinde Honigsee
Gemeinde Kirchbarkau
Gemeinde Klein Barkau
Gemeinde Kühren
Gemeinde Löptin
Gemeinde Nettelsee
Gemeinde Pohnsdorf
Gemeinde Postfeld
Gemeinde Schellhorn
Gemeinde Wahlsdorf
Gemeinde Warnau

Vom Kreis Ostholstein:

Stadt Eutin
amtsfreie Gemeinde Ahrensböök
Gemeinde Bosau (Amt Großer Plöner See)

18 Ostholstein-Nord

Vom Kreis Ostholstein:

Stadt Fehmarn
Stadt Heiligenhafen
Stadt Neustadt i. H.
Stadt Oldenburg in Holstein
amtsfreie Gemeinde Dahme
amtsfreie Gemeinde Grömitz
amtsfreie Gemeinde Grube
amtsfreie Gemeinde Kellenhusen (Ostsee)
amtsfreie Gemeinde Süsel
Amt Lensahn
Amt Oldenburg-Land
Amt Ostholstein-Mitte

19 Ostholstein-Süd

Vom Kreis Ostholstein:

Stadt Bad Schwartau
amtsfreie Gemeinde Scharbeutz
amtsfreie Gemeinde Ratekau
amtsfreie Gemeinde Stockelsdorf
amtsfreie Gemeinde Timmendorfer Strand

Von der Hansestadt Lübeck
ein Gebiet im Norden, das durch folgende Linie begrenzt wird:

Ausgehend von der nördlichen Stadtgrenze zur Gemeinde Ratekau (nördlich vom Hof Dänischburg) in südöstlicher Richtung bis zur Eisenbahnüberführung über die Autobahn A 226, dem

Eisenbahnverlauf in östlicher Richtung folgend bis südlich des Waldhusener Moorsee, von dort bis zur Einmündung der Straße Olendiek in den Kieselgrund, den gesamten Straßenverläufen Kieselgrund und An der Kehre einschließlich bis zur Querung Waldhusener Weg / B 75, von dort dem Waldhusener Weg in nordwestlicher Richtung folgend bis zur Eisenbahn, dieser in östlicher Richtung folgend bis zum Kücknitzer Mühlentbach, diesem in nordöstlicher Richtung folgend bis zur B75, von dort in östlicher Richtung bis zum Westpreußenring, den gesamten Verlauf des Westpreußenrings einschließlich bis zur Ecke Pommernring / Buurdiekstraße, den Verlauf der Buurdiekstraße bis zur Dummersdorfer Straße, dieser in östlicher Richtung folgend entlang des Hirtenbergweges (einschließlich des Schmiederredders) bis zum Traveufer im Naturschutzgebiet Dummersdorfer Ufer.

20 Steinburg-West

Vom Kreis Steinburg:

Stadt Glückstadt

Stadt Wilster

Amt Horst-Herzhorn

Amt Krempermarsch

Amt Schenefeld

Amt Wilstermarsch

vom Amt Itzehoe-Land:

Gemeinde Bekdorf

Gemeinde Bekmünde

Gemeinde Drage

Gemeinde Heiligenstedten

Gemeinde Heiligenstedtenerkamp

Gemeinde Hodorf

Gemeinde Hohenaspe

Gemeinde Huje

Gemeinde Kaaks

Gemeinde Kleve

Gemeinde Krummendiek

Gemeinde Mehlbek

Gemeinde Moorhusen

Gemeinde Oldendorf

Gemeinde Ottenbüttel

Gemeinde Peissen

21 Steinburg-Ost

Vom Kreis Steinburg

Stadt Itzehoe

Amt Breitenburg

Amt Kellinghusen

vom Amt Itzehoe-Land:

Gemeinde Lohbarbek

Gemeinde Silzen

Gemeinde Schlotfeld

Gemeinde Winseldorf

- 22 Elmshorn** Vom Kreis Pinneberg:
- Stadt Elmshorn
 - Stadt Tornesch
 - Amt Elmshorn-Land
 - vom Amt Moorrege:*
 - Gemeinde Appen
- 23 Pinneberg-Nord** Vom Kreis Pinneberg:
- Stadt Barmstedt
 - Stadt Quickborn
 - amtsfreie Gemeinde Helgoland
 - amtsfreie Gemeinde Rellingen
 - Amt Hörnerkirchen
 - Amt Pinnau
 - Amt Rantzau
- 24 Pinneberg-Elbmarschen** Vom Kreis Pinneberg:
- Stadt Uetersen
 - Stadt Wedel
 - Amt Haseldorf
 - vom Amt Moorrege:*
 - Gemeinde Groß Nordende
 - Gemeinde Heidgraben
 - Gemeinde Heist
 - Gemeinde Holm
 - Gemeinde Moorrege
 - Gemeinde Neuendeich
- 25 Pinneberg** Vom Kreis Pinneberg:
- Stadt Pinneberg
 - Stadt Schenefeld
 - amtsfreie Gemeinde Halstenbek
- 26 Segeberg-West** Vom Kreis Segeberg:
- Stadt Bad Bramstedt
 - Stadt Kaltenkirchen
 - amtsfreie Gemeinde Ellerau
 - amtsfreie Gemeinde Henstedt-Ulzburg
 - Amt Kaltenkirchen-Land
 - vom Amt Brad Bramstedt-Land:*
 - Gemeinde Armstedt
 - Gemeinde Bimöhlen
 - Gemeinde Borstel
 - Gemeinde Förden-Barl

Gemeinde Fuhlendorf
Gemeinde Hagen
Gemeinde Hardebek
Gemeinde Hasenkrug
Gemeinde Heidmoor
Gemeinde Hitzhusen
Gemeinde Mönkloh
Gemeinde Weddelbrook
Gemeinde Wiemersdorf

vom Amt Kisdorf:

Gemeinde Hüttblek
Gemeinde Sievershütten
Gemeinde Struvenhütten
Gemeinde Stukenborn

27 Segeberg-Ost

Vom Kreis Segeberg:

Stadt Bad Segeberg
Stadt Wahlstedt
Amt Bornhöved
Amt Leezen
Amt Trave-Land

vom Amt Boostedt-Rickling:

Gemeinde Daldorf
Gemeinde Groß Kummerfeld
Gemeinde Heidmühlen
Gemeinde Latendorf
Gemeinde Rickling

vom Amt Itzstedt

Gemeinde Itzstedt
Gemeinde Kayhude
Gemeinde Nahe
Gemeinde Oering
Gemeinde Seth
Gemeinde Sülfeld

vom Amt Bad Bramstedt-Land:

Gemeinde Großenaspe

28 Norderstedt

Vom Kreis Segeberg:

Stadt Norderstedt

vom Amt Kisdorf:

Gemeinde Kattendorf
Gemeinde Kisdorf
Gemeinde Oersdorf
Gemeinde Wakendorf II
Gemeinde Winsen

vom Kreis Stormarn:

Gemeinde Tangstedt (*Amt Itzstedt*)

29 Stormarn-Nord

Vom Kreis Stormarn:

Stadt Bad Oldesloe
Stadt Bargteheide
Stadt Reinfeld (Holstein)
Amt Bad-Oldesloe-Land
Amt Bargteheide-Land
Amt Nordstormarn

30 Stormarn-Mitte

Vom Kreis Stormarn:

Stadt Ahrensburg
amtsfreie Gemeinde Ammersbek
amtsfreie Gemeinde Großhansdorf
Amt Siek
Amt Trittau

31 Stormarn-Süd

Vom Kreis Stormarn:

Stadt Glinde
Stadt Reinbek
amtsfreie Gemeinde Barsbüttel
amtsfreie Gemeinde Oststeinbek

Vom Kreis Herzogtum Lauenburg:

amtsfreie Gemeinde Wentorf bei Hamburg

32 Lübeck-Ost

Von der kreisfreien Hansestadt Lübeck das Gebiet nordöstlich einer Linie, die wie folgt verläuft:

Ausgehend von der südlichen Stadtgrenze, entlang der Ratzeburger Landstraße Richtung Norden bis zum Niemarker Landgraben, diesem in nordöstlicher Richtung bis zur Wakenitz folgend, dem Verlauf der Wakenitz in nördlicher Richtung folgend bis zum Falkendamm, vom Klughafen über den Hansahafen bis zum Holstenhafen entlang der Willy-Brandt-Allee und der Marienbrücke bis zur Eisenbahnlinie, dieser in südwestlicher Richtung über den Hauptbahnhof folgend, dann dem alten Eisenbahntrassenverlauf durch das Kleingartengelände folgend entlang der Straße Lübschenfeld bis zur Autobahn A1, dieser in nordöstlicher Richtung folgend bis zur Querung der Krempeldorfer Allee, dieser in nordwestlicher Richtung folgend bis zur Stadtgrenze.

33 Lübeck-West

Von der kreisfreien Hansestadt Lübeck das Gebiet westlich einer Linie, die wie folgt verläuft:

Ausgehend von der südlichen Stadtgrenze, entlang der Ratzeburger Landstraße Richtung Norden bis zum Niemarker

Herausgeber und Verleger:

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Postfach 71 25, 24171 Kiel,
Tel. (0431) 9 88-0.

Bezugsbedingungen:

Fortlaufender Bezug und Einzelverkauf nur bei der Firma Schmidt & Klaunig,
Ringstraße 19, 24114 Kiel; Tel. (0431) 6 60 64-0, Telefax (0431) 6 60 64-24,
e-mail: info@schmidt-klaunig.de;
Abbestellungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf des Halbjahres dort
vorliegen.

Bezugspreis:

Halbj. 44,00 €

Einzelne Ausgaben:

Für die ersten 8 Seiten 1,80 €, für je weitere angefangene
16 Seiten 1,10 € zuzüglich Versandkosten.

Für ggf. beigefügte großformatige Karten werden zuzüglich
zu dem seitenabhängigen Preis 2,30 € erhoben.

Lieferung nur nach schriftlicher oder Telefax-Bestellung bzw. per E-mail oder
durch Abholung.

Preis dieser Ausgabe:

2,90 € zuzüglich Versandkosten.

Schmidt & Klaunig, Kiel 2.500

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 25 · 24171 Kiel

Postvertriebsstück · C 3232 A
Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

Hinweis: Die vollständigen Fassungen aller geltenden Gesetze
und Verordnungen können im Internet unter <http://www.schleswig-holstein.de> (→ Landesrecht) abgerufen
werden.

Landgraben, diesem in nordöstlicher Richtung bis zur Wake-
nitz folgend, dem Verlauf der Wakenitz in nördlicher Richtung
folgend bis zum Falkendamm, vom Klughafen über den Han-
sahafen bis zum Holstenhafen entlang der Willy-Brandt-Allee
und der Marienbrücke bis zur Eisenbahnlinie, dieser in süd-
westlicher Richtung über den Hauptbahnhof folgend, dann
dem alten Eisenbahntrassenverlauf durch das Kleingartenge-
lände folgend entlang der Straße Lübschenfeld bis zur Auto-
bahn A1, dieser in nordöstlicher Richtung folgend bis zur Que-
rung der Krempelsdorfer Allee, dieser in nordwestlicher Rich-
tung folgend bis zur Stadtgrenze.

34 Lauenburg-Nord

Vom Kreis Herzogtum Lauenburg:

Stadt Mölln
Stadt Ratzeburg
Amt Berkenthin
Amt Breitenfelde
Amt Büchen
Amt Lauenburgische Seen
Amt Sandesneben-Nusse

35 Lauenburg-Süd

Vom Kreis Herzogtum Lauenburg:

Stadt Geesthacht
Stadt Lauenburg/Elbe
Stadt Schwarzenbek
Amt Hohe Elbgeest
Amt Lüttau
Amt Schwarzenbek-Land